

## **Erklärung zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten**

Die Unterzeichner dieser Erklärung sprechen sich dafür aus, dass alle Migrantinnen und Migranten, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, das kommunale Wahlrecht erhalten.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich mit der Landesregierung über eine Novellierung des Kommunalwahlgesetzes in Verbindung zu setzen.

Da in der Hansestadt Rostock viele Migrantinnen und Migranten ein neues zu Hause gefunden haben, setzten sich die Unterzeichner dafür ein, auch dieser Bevölkerungsgruppe die Möglichkeit einzuräumen, das Leben in ihrem Umfeld in vollem Umfang mit gestalten zu können. Jeder ist dazu angehalten, von dieser Chance Gebrauch zu machen und auf diese Weise Demokratie zu leben. Derzeit haben Nicht-EU-Ausländer keine Möglichkeit, ihre politischen Interessen auf der kommunalen Ebene wahrzunehmen.

Da zu den Aufgaben einer Kommune in erster Linie die Regelung der Grundbedürfnisse vor Ort gehört, ist die Verwehrung des kommunalen Wahlrechts für einen Teil der Bevölkerung nicht zu akzeptieren.

Aus diesem Grunde setzen wir uns für ein kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, ein.

Ziel einer entsprechenden Initiative ist eine diesbezügliche Novellierung des Kommunalwahlgesetzes, die eine Änderung des Grundgesetzes einschließt.

Da die Gemeindewahlbehörden und Gemeindewahlleiter vom Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert wurden, bis zum 30. August 2009 die gewonnenen Erfahrungen aus der Kommunalwahl 2009 in einem Bericht zusammenzustellen, bitten wir den Oberbürgermeister die diesbezügliche Position zur Entwicklung des Wahlrechts in seinen Bericht aufzunehmen.

Der Oberbürgermeister wird deshalb gebeten, die Bundesregierung über diese Erklärung in Kenntnis zu setzen.

Rostock, 1. April 2009

gez. Steffen Bockhahn

.....  
für die Fraktion DIE LINKE.

gez. Hans Feine

.....  
für die Fraktion der FDP

gez. Rainer Albrecht

.....  
für die Fraktion der SPD

gez. Johann-Georg Jaeger

.....  
für die Fraktion Bündnis 90

gez. Franz Laube

.....  
für die CDU-Fraktion

Fraktionslose Mitglieder der Bürgerschaft: gez. Dr. Sybille Bachmann  
gez. Christine Lehnert